

PRIVAT-SCHWIMMANLAGEN

Durchgehend geöffnet

Wenn in öffentlichen Freibädern gerade der Frühjahrsputz beginnt, genießen Sie schon Ihr erstes Privat-Schwimmvergnügen. Und wenn andere die Badesaison beenden müssen, nutzen Sie noch die warmen Herbstwochen zu einem erfrischenden Bad im privaten Schwimmbecken.

Dazwischen liegt ein langer, privater Badesommer - durchgehend geöffnet.

Die Voraussetzungen für diese privaten Badefreuden schafft die Wilhelm Stiber KG. Perfekte Technik mit Komfort - nach diesem Grundsatz werden die Stiber-Schwimmanlagen gebaut. Zusammen mit Ihnen und Ihrem Architekten plant Stiber nach Ihren individuellen Wünschen. Und was besonders wichtig ist: nur wenige Wochen nach Ihrer Entscheidung hat Ihr privates Schwimmbad feuchtfröhliche Premiere.



Stiber baut nach individuellen Wünschen

Stiber bietet alles aus einer Hand: Winter- und korrosions sichere Schwimmbecken, die keinen Anstrich verlangen, wie das Schwimmbecken aus glasfaserverstärktem Polyesterharz. PVC-Becken und Edelstahlbecken; automatische Original-Stiber-Filter; Geräte zur Aufheizung und Entkeimung des Wassers; Gegenstromanlagen; Schwimmbadzubehör, Reinigungsgeräte und Chemikalien.

Finnische Saunaeinrichtungen mit Tauchbecken und komplette heizbare Schwimmhallen aus Fertigbauteilen.

Fragen Sie die Stiber KG. Und in wenigen Tagen haben Sie Post aus Weilheim - eine Mappe mit allen wichtigen Informationen.

Stiber

Wilhelm Stiber KG, Schwimmanlagen
7315 Weilheim/Teck, Postfach 36
Telefon (07023) 6351, FS 07-267857
4755 Holzwickede (Krs. Unna)
Wilhelmstraße, Telefon (02301) 568
91 Brunoy (Paris), B.P. 39

Coupon 503/11

Ich interessiere mich für Ihr komplettes Privat-Schwimmbad Programm und bitte um ausführliche Informationsunterlagen.
Bitte einsenden an die Stiber KG
7315 Weilheim/Teck, Postfach 36



führt der christdemokratische Ministerialrat dem sozialdemokratischen Minister: „Eine Planungskonzeption, die von dem Gedanken des einzig möglichen Weges für ‚Innere Reformen‘ ausginge, hätte ihren Ursprung in der Idee eines zunächst göttlichen und dann profanen Heilsplanes. Sie wäre ihrem Wesen nach nichts anderes als die Säkularisierung eines eschatologischen Vorbildes, die Umkehr eines göttlichen Heilsplans in positive Planung.“

Inzwischen hat der rastlose Seemann auch sein eigenes Heil bei der CDU gefunden. Er beschwerte sich bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle über den widerspenstigen Kreisverband, und nach einer Aufforderung aus dem Büro des CDU-Generalsekretärs Bruno Heck mußte die Bonner CDU den Kanzleramtsbeamten aufnehmen. Ein Vorstandsmitglied: „Wir können als sicher annehmen, daß er innerhalb der CDU auch Spereznach macht.“

Er fängt schon an. Während der Bonner CDU-Kreisgeschäftsführer Wienand Eller erklärt: „Wir haben Herrn Seemann im Februar 1971 aufgenommen“, besteht Seemann darauf: „Ich bin seit letztem Jahr CDU-Mitglied.“

UMWELT

MINISTERIUM

Unheimlicher Spaß

Der Inhaber eines Kalksandsteinwerks in Niedersachsen, ein Oberstudienrat aus Hessen und ein akademischer Mitarbeiter des milchwissenschaftlichen Instituts an der TU München sollen der Christenunion den Anschluß an die Zukunft sichern.

Der CDU-Abgeordnete Hans Hubrig, sein Parteikollege Christian Lenzer und CSU-MdB Albert Probst sind von ihrer Fraktionsführung ausersehen, das Modell eines „Ministeriums für

Umwelt und Technologie“ zu entwickeln, mit dem die Christdemokraten im Bundestagswahlkampf 1973 gegen Wissenschaftsminister Hans Leussink antreten und um fortschrittliche Wähler werben wollen.

In den nächsten Wochen wollen die drei Amateur-Technologen dem Fraktionschef Rainer Barzel und dem CSU-Obmann Richard Stücklen erste Modellvorschläge für ein neues Ressort präsentieren. Wichtigste Empfehlung: Der bislang für Technologie zuständige Bundesminister für Bildung und Wissenschaft — derzeit Leussink — soll drei der insgesamt fünf Abteilungen seines Hauses für das neue Ministerium opfern und sich dann nur noch um die Bildung kümmern.

Auch vom Innenministerium — derzeit von dem Freidemokraten Hans-Dietrich Genscher geleitet — verlangen die CDU/CSU-Planer Kompetenz-Verzicht. Das Ressort soll die Abteilung für Umweltschutz und damit seine publikumswirksamste Aufgabe abtreten. Christdemokrat Hubrig: „Genscher betreibt den Umweltschutz zu sehr von der Gesetzgebung her und kann zu wenig für die Behandlung der Umweltschäden tun.“

Ihr Experten-Wissen erwarben die drei christlichen Volksvertreter, alle Mitglieder des Bundestags-Ausschusses für Bildung und Wissenschaft, im Schnell-Training. Noch im Januar hatten sie in einer Ausschusssitzung beklagt, „nicht den erforderlichen Sachverstand“ zu besitzen, „um sich den für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bedeutsamen Fragen der technischen Forschung intensiv widmen zu können“. Zwei Monate später fühlten sich die überforderten Laien versiert genug, eine neue Konzeption vorzuschlagen. Wichtigste Idee: Gesetzlicher Umweltschutz und umweltfreundliche Technologie sollen miteinander verbunden werden.

Der umweltverschmutzenden Industrie brächte die neue Ressortkombi-

* In Saarbrücken.



Luftverschmutzung durch Industrie*: „Zwangsläufig unter den Schlitten“

nation ein angenehmes Abfallprodukt: mehr öffentliche Mittel als bisher für die technische Forschung, „um den industriellen Level zu halten und international konkurrenzfähig zu bleiben“, so der Kalk-Erzeuger Hans Hubrig.

Besonderen Anstoß nimmt die Umweltschutztruppe der Christdemokraten an der striefreundlichen Praxis des Technologen Leussink, möglichst jede verfügbare Million seines Etats in die Bildung zu stecken und daneben nur wenige Forschungsprogramme gezielt zu fördern. Industriefreund Hubrig: „Wo sollen wir denn hin mit den vielen gut ausgebildeten Leuten, wenn der Staat nichts mehr für die Wirtschaft tut?“

Bei soviel christdemokratischem Lärm um Technologie und Umwelt sorgt sich inzwischen auch der sozialdemokratische Politologie-Professor und Vorsitzende des Bildungsausschusses Ulrich Lohmar, daß „bei der ungeheuren Beanspruchung des Bildungssektors zwangsläufig die technische Forschung unter den Schritten gerät“.

Mit dem Blick aufs Wahljahr 1973 möchte Lohmar den Christdemokraten die Urheberschaft an einem „Ministerium für Umwelt und Technologie“ streitig machen. Anders als seine Unionskollegen will der Sozialdemokrat freilich „kein reines Industrieförderungsministerium, sondern ein Ministerium mit gesellschaftsplanerischen Funktionen“ entwerfen. Was er darunter versteht, will der Professor noch nicht verraten, aber er weiß schon einen Minister für das neue Ressort: „So was würde mir unheimlich Spaß machen.“

Hinter diesen Forderungen seiner Konkurrenten will der bislang allein zuständige Umweltschützer von Bonn, Innenminister Genscher, nicht zurückstehen. Auch er hält ein Umwelt-Ministerium in der nächsten Legislaturperiode für notwendig. Genschers Ressort-Kreation soll die Umwelt allerdings nicht mit der Technologie, sondern mit der Raumordnung kombinieren. Wie Lohmar hat Genscher noch keine genauen Pläne für den Zerschneidung des Zukunftsministeriums. Doch Personalorgen plagten auch ihn nicht: „So ein Amt müßte doch jeden Politiker reizen.“

PARTEIEN

SPD BERLIN

Dieser Lernprozeß

Klaus Schütz, 44, Chef der mit absoluter Mehrheit regierenden West-Berliner Sozialdemokraten, ist der Mehrheit seiner Partei absolut nicht sicher.

Nur mit Ach und nach viel Krach gelang es dem eben wiedergewählten Regierenden Bürgermeister am Dienstag vergangener Woche, seine neue Regierungsmannschaft gegen die Stimmen der außer- wie innerpartei-

lichen Opposition im Schöneberger Stadtstaatsparlament durchzubringen.

Gegen fünf der insgesamt elf Senatoren votierten nicht nur die Abgeordneten der Oppositions-Parteien CDU und FDP, sondern auch eigene Genossen: Die Senatoren Gerd Löffler (Schulwesen) und Harry Liehr (Arbeit und Soziales) erhielten je eine sozialdemokratische Gegenstimme; dem Professor Werner Stein (Wissenschaft und Kunst) versagten gleich drei, dem Professor Hans-Georg Wolters (Gesundheit und Umweltschutz) sogar vier Genossen die Zustimmung.

Die einzige Frau im Schütz-Kabinett, die Jugend-Senatorin Ilse Reichel, schließlich erzielte lediglich die Mindestmehrheit von einer Stimme. Und allein dieses dünne Votum bewahrte die Wahlsieger vom 14. März vor der Niederlage. Denn eine einzige weitere Gegenstimme oder Enthaltung hätte Klaus Schütz zur Wiederholung der Regierungsbildung und mithin

behrlich. Und auch der Entschluß nach den März-Wahlen dieses Jahres, mit der knapp gewordenen Mehrheit von nur acht Mandaten nun zum ersten Mal allein — also ohne Koalitionspartner — zu regieren, förderte die Bereitschaft der Genossen zur Eintracht bislang kaum.

Denn daß die frühere Reinickendorfer Jugendstadträtin Ilse Reichel, 45, bei ihrer Wahl zur neuen Chefin der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport beinahe an der Ablehnung der eigenen Genossen gescheitert wäre, war nichts weiter als die Folge dieser nun auch ins Parlament übertragenen innerparteilichen Zwistigkeiten (SPIEGEL 16/1971).

Der Streit entzündete sich diesmal am Wunsch der Partei-Linken (sie gewannen 14 der 73 SPD-Mandate), bei der Senatsbildung personell angemessen berücksichtigt zu werden. Links-Sprecher Harry Ristock forderte für



West-Berliner SPD-Senat*: „Wir müssen weiterkämpfen“

zum peinlichen Eingeständnis sozialdemokratischer Impotenz gezwungen.

Doch wenngleich der Berliner SPD der Offenbarungseid noch einmal erspart blieb, erscheint zweifelhaft, ob sich mit dieser Partei vier weitere Jahre lang wird Staat machen lassen. Der sozialdemokratische „Telegraf“ selbstkritisch: „Offensichtlich ist es noch nicht allen Mitgliedern der SPD-Fraktion klageworden, daß die Aufgaben der nächsten vier Jahre nur zu bewältigen sind, wenn die vom Regierenden Bürgermeister Schütz angestrebte Konzentration der Kräfte von allen Abgeordneten ohne Ausnahme unterstützt wird.“

Gerade diese Konzentration aber, der Verzicht auf Gruppenbildung und Flügelkämpfe, galt unter Berlins traditionell in „rechts“ und „links“ zerstrittenen, gleichwohl immer starken Sozialdemokraten noch stets als ent-

* Sitzend: Schütz, Neubauer; stehend (v. l.): Grabert, Schweder, König, Liehr, Frau Reichel, Korber, Stein, Wolters, Striek, Löffler.

sich und seine Freunde zwei Senatssitze und Direktoren (Staatssekretäre)-Posten.

Klaus Schütz, mit Rücksicht auf die starke SPD-Rechte, wollte den Linken jedoch nur einen Senator und einen Senatsdirektor zugestehen. Das wiederum lehnte die im sogenannten Donnerstagskreis „Vereinigte Linke“ als unzumutbar ab. Und als Klaus Schütz eine Senatsliste vorlegte, auf der sich überhaupt kein von links nominiertes Genosse mehr fand, rüstete der linke Flügel zum Angriff.

Nun endlich, so beschloß der Ristock-Kreis während der Ostertage, wollten die Linken nicht länger klein beigeben. Sie ließen den Partei-Chef wissen, daß sie notfalls gegen bestimmte Senatoren seiner Wahl stimmen und mithin die Bildung der neuen Stadt-Staat-Regierung unmöglich machen würden. Und Folge der Konfrontation war dann der zwischen Schütz und Ristock ausgehandelte Kompromiß, die von links nominierte Ilse Reichel zur Senatorin und zwei weite-